



Oberbürgermeisters blamiert sich mit kostspieligem Alleingang AfD will Akten zu Aktivitäten des Hauptstadtbeauftragten einsehen

Die eigenmächtige Entscheidung des Oberbürgermeisters Peter Feldmann, seinen bisherigen Büroleiter Martin Wimmer entgegen jeder Kritik und auch jeglichen Spotts als Hauptstadtbeauftragten nach Berlin zu schicken, hat ein blamables Ende genommen. Der Hauptstadt-Beauftragte hat schon nach wenigen Monaten gekündigt. Damit ist das Projekt beerdigt. Immerhin hatte diese Unternehmung Eingang in das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes gefunden. Hier hatte man für Feldmanns absurden Alleingang mit Kosten von 100.000 Euro pro Jahr kalkuliert. Dem stellte die Stadt eine erwartete Belastung des Haushalts von lediglich 7.000 Euro pro Jahr gegenüber. Die AfD im Römer will nun aber genau wissen, was der Spaß letztendlich wirklich gekostet hat und was er gebracht haben soll. Dazu hat sie beim Magistrat einen Akteneinsichtsausschuss beantragt. In dem sollen jetzt jene Berichte vorgelegt werden, die der Hauptstadtbeauftragte seit seiner Amtsübernahme dem Magistrat bzw. dem Oberbürgermeister über seine Aktivitäten erstattet hat. „Über die tatsächlichen Aktivitäten des Hauptstadtbeauftragten ist bislang überhaupt nichts bekannt“, sagte Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer. „Auch Oberbürgermeister Peter Feldmann hat trotz Anfrage im Rahmen der Fragestunde keinerlei Auskunft erteilt“, so Rahn. „Wir wollen daher nun die Tätigkeitsberichte, Korrespondenzen, Reisekostenabrechnungen des Hauptstadt-Beauftragten sehen.“

Das Hauptstadtbüro war zum 1. Juli 2018 aufgrund eines Beschlusses des Oberbürgermeisters besetzt worden. Herr Feldmann hatte in einem Interview mit der FR am 8. Juni 2018 ausgeführt, dass der Hauptstadtrepräsentant regelmäßig Veranstaltungen im Bereich der Kreativwirtschaft organisieren und Kontakte zu den Bundesministerien aufbauen würde, Fördergelder für Frankfurt eintreiben und der Hauptstadt Berlin Unternehmen der Kreativwirtschaft ‚abjagen‘ wolle. In seiner Rede in der Plenarsitzung am 26. April 2018 führte er gar aus: ‚Unser Hauptstadtrepräsentant wird alle Hände voll zu tun haben. Es geht um den Bereich Tourismus, Standortmarketing, Kooperation mit Kulturinstitutionen, mit den NGOs, den Kontakt zu den Bundesorganen, die Termine bei den Ministerien, die Akquise von Fördergeldern, die Präsenz in Berlin und natürlich auch beim Städtetag‘. Ende 2018 war Presseberichten zu entnehmen, dass der Frankfurter Vertreter in der Bundeshauptstadt überraschend zum 31. Januar 2019 gekündigt habe. „Die Frage ob Herr W. denn irgendeinen Mehrwert für die Stadt Frankfurt geschaffen hat ist legitim. Und über seine kostspieligen Spielereien hat Herr Feldmann Rechenschaft abzulegen!“, erklärte Rahn.

Horst Reschke, der für die AfD im Frankfurter Römer sitzt, legte nach: „Konnte der Oberbürgermeister schon bei der Einrichtung des Hauptstadtbüros dessen Sinn und Zweck gegenüber den Stadtverordneten nicht begründen, zeigt die Auflösung dieser Niederlassung nun, dass es einen solchen nie gab.“ „Es kommt der Verdacht auf, dass mit der plötzlichen Kündigung des Büroleiters Wimmer, nur dessen Stellensuche in Berlin durch die Stadt Frankfurt bezahlt wurde“, fuhr Reschke fort.

„Um diese Anschuldigung zu entkräften, sollte der Oberbürgermeister zügig darlegen, was sein Vertrauter in der Zeit genau an qualifizierter Arbeit geleistet habe, außer in Berlin eine Wohnung zu suchen“, so der AfD-Stadtverordnete weiter.

Reschke, der vor kurzem mit auf einer Reise des Oberbürgermeisters in Schanghai war, konstatierte abschließend: „Feldmann müsste bemerkt haben, ein solches Büro wäre in Shanghai bei weitem besser angebracht. Hinter der Wirtschaftskraft dieser Stadt kann Berlin nur verblassen.“

Magistrat ist für Zuverlässigkeit im Busverkehr mitverantwortlich

Der unerhörte Umgang Frankfurter Nahverkehrsgesellschaft Traffiq mit Beschwerden über Ausfälle und Verspätungen im Buslinienverkehr hat zahlreiche Bürger sehr verärgert. Grund für die AfD im Römer, beim Magistrat nachzuhaken! Den Medien war zu entnehmen, dass Buskunden, die sich bei Traffiq über ausgefallene Busse beschwert hatten, Wochen später die Mitteilung zugegangen sei, dass der Bus nach Rücksprache die Haltestelle sehr wohl angefahren habe. So sollten beauftragte Busverkehrsunternehmen nach Auskunft der Traffiq-Pressestelle ohnehin grundsätzlich dazu verpflichtet sein, jeden Ausfall einer Linienfahrt der Leitstelle zu melden und ebenso in der Abrechnung zu benennen, war den Medien zu entnehmen. „Es gibt aber große Zweifel daran, ob dies wirklich geschieht“, sagte Horst Reschke, ordnungspolitischer Sprecher der AfD im Römer. „Entscheidend ist, dass vermutlich nur stichpunktartig überprüft wird.“ Fakt ist: Bürger hätten ein Recht auf eine verantwortungsbewusste Kontrolle der Zuverlässigkeit auch des Buslinienverkehrs. „Und dieser Anspruch umfasst entsprechende Maßnahmen seitens der Stadt“, so Reschke.



Deshalb soll der Magistrat darlegen, wie viele Bürgerbeschwerden im Buslinienverkehr es im Jahr 2018, jeweils bzgl. verspäteter Busse, ausgefallener Busse und falsch gefahrener Busse gab. „Wie viele Busse im Linienverkehr sind nach Erkenntnis der Stadt im Jahr 2018 nachweislich ausgefallen?“, wollte der AfD-Stadtverordnete wissen. „Welche Buslinienbetreiber waren im Jahr 2018 besonders für ausgefallene Busse verantwortlich und welche Konsequenzen hatte das für diese?“

Auch forderte er Informationen darüber an, wie viele Bürger sich in den jeweiligen Jahren 2010 bis 2018 insgesamt in Bezug auf den Buslinienverkehr beschwert hätten. „Welche Buslinien waren 2018 besonders von Beschwerden betroffen und welche konkreten Verbesserungen sind hier zum Tragen gekommen“, fragte Reschke an.

An unzumutbaren Wartezeiten bei Ausländerbehörde muss sich endlich etwas ändern

Erneut hat sich die AfD-Fraktion im Römer der desaströsen Zustände in der Ausländerbehörde angenommen. So hat sie den Magistrat beauftragt, endlich organisatorische Vorkehrungen in der Behörde zu treffen, damit unzumutbare Wartezeiten vermieden werden. „Insbesondere soll eine organisatorische Trennung zwischen Antragstellern aus dem Bereich legaler Arbeitsmigration einerseits und dem Bereich Asylbewerber und illegaler Migration andererseits erfolgen“, sagte Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer.

Immer wieder wurde in den letzten Jahren darüber berichtet, dass die Ausländerbehörde telefonisch nur selten erreichbar ist und Termine kaum vergeben werden. Ohne Termin bei der Behörde vorzusprechen, bedeutet, lange Wartezeiten in Kauf nehmen zu müssen. Antragssteller gaben an, sich bereits nachts um 2 Uhr angestellt zu haben, um dann bei Dienstbeginn der Behörde um 7:30 Uhr eine Wartenummer erhalten zu haben. Einige Personen seien trotz Wartenummer dennoch nicht mehr am selben Tag bedient worden.

„Gerade für Mitarbeiter ausländischer Unternehmen - z.B. Banken - ist dieser Zustand völlig inakzeptabel, da diese nur bei der Behörde vorsprechen müssen, um ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern“, so Rahn. Der Magistrat wird nicht müde zu betonen, dass Frankfurt die internationalste Stadt Deutschlands sei, was auch zweifelsfrei zutrefte. Insoweit sei sie aber auch besonders abhängig von internationalen Unternehmen. „Die Vorfälle, wie sie regelmäßig von der Presse geschildert werden, sind daher für das Image der Stadt äußerst schädlich“, erklärte der AfD-Fraktionschef. Schlechte Erfahrungen sprächen sich herum und das habe Konsequenzen. „Bis hin, dass sich Mitarbeiter ausländischer Unternehmen zunehmend weigern, nach Frankfurt versetzt zu werden und in Konsequenz Unternehmen eine Verlagerung ihres Firmensitzes an einen anderen Standort vornehmen“, fügte Rahn hinzu.

Für die Missstände sei die in Relation zu der Anzahl der Antragsteller zu geringe Mitarbeiterzahl ursächlich. „Insbesondere seit der Asylkrise und dem Anstieg der Anzahl illegaler Zuwanderer ist die Behörde ständig überlastet“, stellte Rahn fest. Eine Erhöhung der Anzahl der Mitarbeiter sei aus verschiedenen Gründen kaum möglich, da zum einen geeignete Mitarbeiter fehlten, zudem sei die Bereitschaft städtischer Mitarbeiter gering, in der Ausländerbehörde tätig zu sein. „In der Ausländerbehörde möchte nun mal kaum einer arbeiten“, brachte es Rahn auf den Punkt.

„Im Bereich der Ausländerbehörde müssen entsprechende organisatorische Vorkehrungen getroffen werden, damit die Anliegen von Mitarbeitern ausländischer Unternehmen schnell und unbürokratisch bearbeitet werden können. Dies kann nur dadurch erfolgen, dass eine organisatorische Trennung der Antragsteller nach ihrem Aufenthaltsstatus, dem Herkunftsland und/oder dem Gegenstand ihres Antrages erfolgt“, regte Rahn an.

AfD fordert Transparenz bei Kosten für ‚Familienfreundliche Bäder‘

Geht es nach der AfD im Römer, zieht der Magistrat die Vorlage ‚Familienfreundliche Bäder in der Sportstadt Frankfurt am Main‘ zurück und überarbeitet sie. „Insbesondere sollen die finanziellen Auswirkungen der Vorlage dargestellt werden“, sagte Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Rathaus. Mit der Vorlage M 237 beantragt der Magistrat die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu der geplanten Maßnahme, für Kinder und

Jugendliche unter 18 Jahren freien Eintritt in sämtliche Frankfurter Bäder zu gewähren. „Die Idee mag prinzipiell nicht schlecht sein, aber Transparenz ist dringend notwendig“, fügte Rahn hinzu.

In seiner Vorlage wartet der Magistrat jedoch nur mit sehr vagen Angaben hinsichtlich der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen auf. Es heißt lediglich: „Für die Bäder Betriebe Frankfurt GmbH ergibt sich eine erhebliche Verlustausweitung, die aktuell noch nicht beziffert werden kann, da die Einnahmeausfälle unterjährig statistisch aufbereitet werden müssen.“



Insbesondere muss untersucht werden, wie sich der freie Eintritt für Kinder bis 14 Jahre auf das Nutzerverhalten von Familien und Erwachsenenschwimmerinnen und -schwimmer auswirkt (.....). Die sich hieraus für die Bäder-Betriebe Frankfurt GmbH ergebende Verlustausweitung wird im Rahmen des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH finanziell abzudecken sein‘.

Für Rahn sind diese Ausführungen ungenügend. „Um über die Vorlage ein Votum abgeben zu können, reichen diese Ausführungen keinesfalls aus. Die Verluste können sich nach aktuellen Schätzungen auf mehr als 3 Mio. Euro pro Jahr belaufen“, erklärte er. „Angesichts der angespannten Haushaltslage erscheint eine Beschlussfassung der vorgelegten Fassung mit den unzureichenden Informationen als nicht verantwortbar. Wir sind nicht bereit, dem Magistrat einen Blankoscheck auszustellen“, schloss der AfD-Fraktionschef.

Informieren Sie sich! Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Die **nächste Bürgersprechstunde** findet statt:

6. März 2019 um **17 Uhr** in den Fraktionsräumen

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.
Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am:

28. Februar 2019

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag – Donnerstag 12 – 14 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de
Internet: www.afd-im-roemer.de
Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:
AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktionsvorsitzender)